

II-3764 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1942 IJ

1991-11-13

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Schmidt
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Gutachten über die Wettbewerbslage im Bankenbereich

Vor kurzem haben alle großen österreichischen Geschäftsbanken mit nahezu gleichem Termin die Zinssätze für Privatkredite um 1/2 bzw. 1/4 % erhöht, während eine gleichzeitige Erhöhung der Habenzinsen unterblieb. Es drängt sich der Verdacht auf, daß die Preisbildung durch Absprachen unter den einzelnen Banken zustandegekommen ist. Ein Indiz für das Vorliegen eines solchen Verhaltenskartells ist nicht nur die gleichförmige Erhöhung der Kreditzinsen in einem relativ kurzen Zeitraum durch eine Reihe von Geldinstituten, sondern auch der Umstand, daß sowohl ertragsstarke als auch schwächeren Institute zu dieser Maßnahme gegriffen haben. Dieser Verdacht wird durch das jüngste Erkenntnis des Kartellobergerichtes bestätigt, in dem festgestellt wird, daß die Banken in Wettbewerbsfragen sehr wohl dem Kartellgesetz unterliegen.

Gemäß § 112 Abs. 2 Kartellgesetz kann der Bundesminister für Justiz den Paritätischen Ausschuß für Kartellangelegenheiten damit beauftragen, Gutachten über die Wettbewerbslage in einzelnen Wirtschaftszweigen im Geltungsbereich dieses Bundesgesetzes zu erstatten. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

Anfrage:

1. Sind Sie bereit, dem Paritätischen Ausschuß für Kartellangelegenheiten den Auftrag für die Erstattung eines Gutachtens über die Wettbewerbslage im Bankenbereich zu erteilen?

2. Wenn ja, wann ist mit einem entsprechenden Auftrag zu rechnen?

3. Wenn nein, warum nicht?

Wien, den 13. November 1991

fpc107/jbanken.gug